

POSITION

Elisabeth
Vanderheiden



Elisabeth Vanderheiden ist Geschäftsführerin der Katholischen Erwachsenenbildung Rheinland-Pfalz, Landesarbeitsgemeinschaft e.V. und stellv. Vorsitzende des Vorstands der kath. Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung

Nachhaltige Bildung für alle

Der Begriff »Nachhaltigkeit« wird heute in vielerlei Zusammenhängen genutzt. Während bis zur Mitte der 1990er-Jahre das Thema fast ausschließlich im wissenschaftlichen Kontext verortet war, weitete es sich dann auf den politischen Kontext aus und findet heute zunehmend auch in zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen Verwendung. Wichtig für den aktuellen Nachhaltigkeitsbegriff war insbesondere der »Brundland-Report« (1987). Dieser ist deswegen so bedeutend, weil hier erstmals das Leitbild einer »nachhaltigen Entwicklung« entwickelt wurde. Die Kommission versteht darunter eine Entwicklung, »die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen«. Die Verbindung zwischen Nachhaltigkeit und Bildung wurde vor allem durch die sog. Weltdekade »Bildung für nachhaltige Entwicklung« verstärkt. Die Vereinten Nationen haben für die Jahre 2005 bis 2014

die Weltdekade »Bildung für nachhaltige Entwicklung« ausgerufen, deren Ziel es ist, »allen Menschen Bildungschancen zu eröffnen, die es ermöglichen, sich Wissen und Werte anzueignen sowie Verhaltensweisen und Lebensstile zu erlernen, die für eine lebenswerte Zukunft und eine positive gesellschaftliche Veränderung erforderlich sind (UNESCO 2005). Alle Mitgliedstaaten der UNESCO sind aufgefordert, sich auf nationaler Ebene mit allen Kräften für dieses Ziel einzusetzen.«

Aus diesem hehren Ziel lässt sich ein Engagement in vielen Themenbereichen ableiten, wie etwa globales Lernen, Umweltbildung, ökonomische Bildung, Verbraucherbildung, Gesundheitsförderung, aber auch Werte- oder politische und soziale Bildung – alles inhaltliche Schwerpunkte und Tätigkeitsfelder, die seit Jahrzehnten fest in den Programmen katholischer Bildungseinrichtungen verankert sind.

Kritik an Vergabepaxis

Vor diesem Hintergrund ist es umso erstaunlicher, dass sich die Indikatoren dafür häufen, dass Träger der allgemeinen Weiterbildung immer mehr als private (im Sinne kommerzieller) Träger der Weiterbildung und nicht – als in der Regel staatlich anerkannte Träger wahrgenommen werden, die in einem pluralen System subsidiär einen wichtigen, unverzichtbaren staatlichen Auftrag, ja sogar ein anerkanntes Grundrecht umsetzen (siehe z. B. Weiterbildungsgesetz in Rheinland-Pfalz).

Ein Beispiel dafür ist sicherlich die Vergabepaxis bei Projekten: Immer öfter werden Projektmittel direkt vom Bund – an den Ländern vorbei – auf die kommunale Ebene vergeben, ohne zu berücksichtigen, dass es bewährte Trägerstrukturen gibt, die nachweislich seit vielen Jahren gleichermaßen innovativ und nachhaltig Weiterbildung betreiben. Wie die Arbeit dieser jeweils nur für wenige Jahre finanziell geförderten Projekte und Netzwerkkonsortien dann nach Ende der Projektlaufzeit fortgesetzt werden soll und erst so nachhaltig wirksam werden kann, bleibt offen. In der Regel versanden solche Projektaktivitäten, es sei denn das nächste Projekt kann akquiriert werden: Es entsteht relative Nachhaltigkeit auf Zeit. Nachhaltige Bildung bedarf bewährter Strukturen und verlässlicher Partner, denen es als erfahrene und lernende Organisationen möglich ist, Ideen und Innovationen auch über die begrenzte Halbwertszeit von Projekten in ihr Angebotsrepertoire und ihre Strukturen zu implementieren.

Der Trend zur Ökonomisierung und Funktionalisierung von Weiterbildung scheint dabei nicht nur ungebrochen, sondern vielmehr gar auf dem Vormarsch. So gerät die berufliche Bildung in der politischen und öffentlichen Wahrnehmung sowie in den Förderprogrammen immer stärker in den Fokus, während die Bedeutung der allgemeinen, persönlichkeitsbezogenen oder politischen Bildung marginalisiert wird. Die Debatte um die Novellierung des Umsatzsteuergesetzes ließ diesen Trend auch an vielen Stellen erkennen.

Erfolgreiche Kampagne zum Umsatzsteuergesetz 2013

Die Katholische Erwachsenenbildung (KBE) hat mit fünf weiteren großen deutschen Weiterbildungsverbänden den Deutschen Bundestag und den Bundesrat aufgefordert, einen Gesetzentwurf zur Umsatzsteuer nachzubessern. So wie das Gesetz formuliert und in der Begründung erläutert

wurde, drohten allgemeinbildende Kurse der öffentlich verantworteten Weiterbildung zukünftig unter die Umsatzsteuerpflicht zu fallen. Damit hätten sich die Kursgebühren erhöht. Auf Empfehlung des Finanzausschusses hat der Bundestag im Oktober beschlossen, die in § 4 Nr. 21 UStG geplanten Neuregelungen komplett zu streichen und stattdessen zunächst an der bisherigen Regelung des § 4 Nr. 22a festzuhalten. Die Kampagne war also erfolgreich.